

Die Antiatom-Standort-Initiativen Obrigheim / Neckarwestheim

Initiative AtomErbe Obrigheim und
AG AtomErbe Neckarwestheim

mit Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar,
Aktionsbündnis Energiewende Heilbronn,
BUND Regionalverband Heilbronn-Franken, und weiteren



Was kostet das atomare Erbe, wer muss dafür zahlen? Warum sind echter Strahlenschutz und sofortiger Atomausstieg unverzichtbar?

Stellungnahme

aus Anlass des Besuchs der „Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK)“ am 11.1.2016 im Atomkraftwerk Obrigheim

11.01.2016

Die Finanzierung der Folgekosten der Atomkraft ist bei bestmöglichem Schutz der Bevölkerung vor radioaktiven Stoffen und Strahlen sicherzustellen

Stilllegung und Abbau von Atomanlagen sind für die Betreiber eine Last, die sie nur gezwungenermaßen auf sich nehmen, denn es entstehen hohe Kosten, die nicht mehr durch Einnahmen gedeckt sind. Die Betreiber versuchen daher, diese Kosten so niedrig wie möglich zu halten. Dies wird durch die **Billigung durch die Behörden** und durch ein für den Rückbau von Atomanlagen **unzureichend angepasstes Atomrecht** unterstützt.

Dass die Rückstellungen, die die Atomwirtschaft für den Abbau von Atomanlagen und die Aufbewahrung der Hinterlassenschaften vorgesehen hat, nicht reichen werden, ist bereits heute abzusehen, selbst wenn die Genehmigungspraxis und die Gesetzgebung unverändert bleiben. Dringend notwendig ist aber ein **verbesserter Schutz der Bevölkerung** durch eine Änderung der Atomgesetzgebung mit deutlich strengeren Vorgaben für Sicherheitsmaßnahmen, für die Zurückhaltung von radioaktiven Stoffen und für mehr **Öffentlichkeitsbeteiligung**. Dies wird die Kosten erheblich weiter steigen lassen. Hierzu muss sich die Politik an den Interessen der Bevölkerung orientieren und das Atomrecht entsprechend verändern. Die **wahren Kosten** müssen abgeschätzt und bereits jetzt in die Sicherung der Finanzierung verbindlich einkalkuliert werden.

Zudem zeichnet sich schon jetzt ab, dass die Atomkraftwerksbetreiber alles versuchen, um - neben Einsparungen beim Abbau - Kosten auf den Staat und damit auf die SteuerzahlerInnen abzuwälzen. Ihre Rückstellungen sind Luftbuchungen, stattdessen fordern wir **eine Fonds-Lösung plus Nachhaftung der Konzerne**.

Die **Brennelemente-Steuer** muss unbedingt auch nach 2016 gelten und darf nicht erlassen werden. Sie repräsentiert im

AtomErbe-Obrigheim.de
AtomErbe-Neckarwestheim.de

Fonds und Nachhaftung statt leerer Rückstellungen!

275.000 Tonnen AKW 275.000 Tonnen Müll

AtomErbe:

Stellungnahme der Antiatom-Standort-Initiativen Obrigheim / Neckarwestheim für die Atom-Finanz-Kommission

S. 1/5

AtomErbe-Obrigheim.de
AtomErbe-Neckarwestheim.de

**Kein Erlass
der BE-Steuer
ab 2017!**

275.000 Tonnen AKW 275.000 Tonnen Müll

Ansatz einen Ausgleich für Schäden durch den AKW-Betrieb und muss deshalb auch weiterhin als marktwirtschaftliches Werkzeug in Richtung einer früheren AKW-Abschaltung wirken. Zudem würde das Auslaufen eine nicht vertretbare Subvention für die Betreiber bedeuten.

Wir fordern von den Betreiberkonzernen, **alle ihre Klagen auf Schadensersatz und gegen die Brennelemente-Steuer verbindlich zurück zu ziehen**. Die Klagen stellen ein ungeheuerliches Erpressungspotenzial von mindestens 11 Milliarden Euro dar (ca. 5,5 Mrd. € Schadensersatzforderungen und geschätzt mindestens 5,5 Mrd. € Brennelemente-Steuer). Diese Klagen sabotieren jeden gesellschaftlichen Konsens und die Konzerne stellen sich damit ins Abseits.

Zur Absicherung der Folgekosten der Atomkraft fordern wir, dass die Atomkonzerne mit allen Stromnetzen, die sich in ihrem Eigentum befinden, für die Finanzierung des atomaren Erbes haften und diese Netze umgehend an den

Staat rückübertragen oder verpfänden.

Es wäre fatal, wenn das Rückgrat der Stromversorgung - zum Beispiel durch Verkauf an „Investoren“ - der Kontrolle des deutschen Staates vollkommen entzogen würde. Die Stromnetze stellen als System der Daseinsvorsorge eine zentrale Möglichkeit dar, die Hand auf das Vermögen der Atomkraftbetreiber zu legen und damit langfristig eine finanzielle Sicherheit zu behalten.

Die Initiative AtomErbe Obrigheim hat die baden-württembergische Landesregierung im Dezember 2015 zu einer Bundesratsinitiative in diese Richtung aufgefordert. Als Grundlage wurde auch auf das Positionspapier zu Stilllegung und Rückbau von Atomkraftwerken / Atomanlagen verwiesen, das Menschen aus der Anti-Atom-Bewegung erarbeitet haben und das von vielen Gruppen getragen wird (beigefügt, bzw. zu finden auch unter www.Atommuellkonferenz.de).

Unsere Erfahrungen mit Kosteneinsparungen bei Stilllegung und Abbau

Enttäuschende Erfahrungen haben wir mit den Genehmigungsverfahren für Stilllegung und Abbau der Atomkraftwerke in Obrigheim, Biblis, Neckarwestheim und Philippsburg sowie mit dem seit 2005 bzw. 2008 laufenden Rückbau in Obrigheim gemacht. Die Einwendungen in den jeweiligen Genehmigungsverfahren und die Wortprotokolle der zugehörigen Erörterungstermine sowie Schriftsätze und Urteil im Prozess zur 2. SAG für das AKW Obrigheim am Verwaltungsgerichtshof Mannheim liefern dazu ausführliche Informationen. Wir haben den Eindruck, dass sowohl die Behörden als auch das Atomrecht in der Praxis **gerade nicht den Schutz der Bevölkerung als oberstes Ziel haben, sondern vorrangig kostensparend wirken** und damit Rücksicht auf wirtschaftliche Interessen nehmen („Billigabbriss“). Dazu die folgenden Beispiele aus unseren Erfahrungen.

Zur Billigung durch die Behörden (beispielhaft):

Eine **Öffentlichkeitsbeteiligung** wird vermieden, sofern sie nicht zwingend vorgeschrieben ist. Die Unterlagen für die Öffentlichkeitsbeteiligung sind oberflächlich und mangelhaft und für die Beurteilung der Betroffenheit der Bevölkerung nicht ausreichend. Der zeitliche Aufwand für die

AtomErbe-Obrigheim.de
AtomErbe-Neckarwestheim.de

**Billig-Abbriss
rächt sich!**

275.000 Tonnen AKW 275.000 Tonnen Müll

AtomErbe:

Stellungnahme der Antiatom-Standort-Initiativen Obrigheim / Neckarwestheim für die Atom-Finanz-Kommission

S. 2/5

Genehmigungsverfahren wird immer weiter verkürzt, was Zweifel an der Gründlichkeit des Vorgehens nahelegt. Eine **radiologische Charakterisierung** wird nicht umfassend vor der Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt, so dass die beim Abbau genutzten Verfahren nur als unbestimmte Aufzählung angegeben werden können; in Obrigheim wurde sie nicht einmal vor Beginn des Abbaus durchgeführt. Die „**Freigabe**“ von radioaktiv belastetem Material wird wie in der Betriebsphase fortgesetzt und nicht an die veränderte Situation beim Rückbau angepasst. In Baden-Württemberg wird darüber hinaus eine großzügige Praxis bei der „Freimessung“ erlaubt, bei der weit weniger Messungen durchgeführt werden müssen als in der Strahlenschutzverordnung vorgeschrieben. Die **Abgabe von 99 % der Masse eines Atomkraftwerks an die Umwelt (als „normaler“ Müll und zur freien Weiterverwendung)** spart Kosten für die Aufbewahrung der gering radioaktiv belasteten Stoffe (in Frankreich wird alles aufbewahrt und gegenüber der Umwelt abgeschirmt). Es ist zu bezweifeln, ob die leistungsfähigsten Filter zur Rückhaltung von radioaktiven Stoffen mit der Abluft eingesetzt werden. Auch ermöglichen die extrem hohen Abgabeerlaubnisse über Luft und Wasser, am „Dekontaminations“-Aufwand zu sparen und **faktisch die Umwelt als „Endlager“ einzusetzen.**


 AtomErbe-Obrigheim.de
 AtomErbe-Neckarwestheim.de



"Freimessen" & "Herausgabe" sind Verbrechen an der Zukunft!



275.000 Tonnen AKW



275.000 Tonnen Müll

Unzureichend angepasstes Atomrecht (beispielhaft):

Für atomrechtliche Genehmigungen ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung nur rudimentär vorgeschrieben und kann noch dazu für die zwingend durchzuführende Öffentlichkeitsbeteiligung von Behörden und Atomkonzernen durch Verweigerung von aussagekräftigen Unterlagen und Informationen unterlaufen werden, was auch geschieht. Während des Rückbaus dürfen die **abgebrannten Brennelemente weiter in der Anlage** aufbewahrt werden, trotz dadurch erheblich gesteigerter Risiken. Die **Ableitung von radioaktiven Stoffen mit Abluft und Abwasser** darf nach dem Abschalten formal fast unvermindert fortgesetzt, tatsächlich sogar gesteigert werden. Es gibt **kein Kataster für abgelagertes Material** aus Atomanlagen. Die in der Strahlenschutzverordnung geregelte „Freigabe“ von Material aus Atomanlagen ist in keiner Weise geeignet, beim gleichzeitigen Rückbau von rund 20 Atomkraftwerken (andere Atomanlagen noch nicht gerechnet) den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten, so lange weiterhin radioaktiv belastetes Material an die Umwelt abgegeben werden darf, **ohne Nachverfolgung**, statt es kontrolliert zu lagern und zu bewachen. Kernbauteile, die rund 25 % des radioaktiven Inventars eines Atomkraftwerks ausmachen, dürfen im Rahmen der Betriebsgenehmigung aus dem Reaktor ausgebaut werden statt sie in die Abbaugenehmigung einzubeziehen (die hochradioaktiven Brennelemente sind dabei nicht mitgerechnet). Das **Minimierungsgebot des Strahlenschutzes** ist ein Papiertiger, denn es wird nicht konsequent das nach Wissenschaft und Technik bestmögliche Vorgehen zum Schutz der Bevölkerung angewendet. Stattdessen wird es durch das **Ausreizen von erlaubten Abgaben und Grenzwerten** ausgehebelt, und durch das De-minimis-Prinzip sogar ins Gegenteil verkehrt. Solange Atomrecht und Behördenhandeln den Atombetreibern alles erlauben, was nicht ausdrücklich verboten ist, **werden die Grundrechte auf Gesundheit und körperliche Unversehrtheit gebrochen.**


 AtomErbe-Obrigheim.de
 AtomErbe-Neckarwestheim.de



Keine Castoren auf dem Neckar!



275.000 Tonnen AKW



275.000 Tonnen Müll


AtomErbe:

Fazit

Wir fordern: die Kalkulationen und Bewertungen der Atom-Finanz-Kommission müssen von den Kosten eines optimalen Strahlenschutzes ausgehen. Die bisher diskutierten Kostengrößenordnungen und Finanzierungsüberlegungen basieren aber auf **vier falschen Säulen:**

 **Billigverschrottung** der Atomanlagen,

 wirtschaftlich attraktive, aber **schädliche Freisetzung** von fast 99% der AKW-Substanz in die Umwelt,

 Ignorieren der Schäden beim drohenden **Versagen von „Endlagern“** und des vermutlich dramatischen Aufwandes notwendiger Schutzmaßnahmen an den Dauer-Atom Mülllagern über viele tausende Jahre,

 obwohl der **weitere AKW-Betrieb unverantwortlich** ist und das atomare Erbe täglich weiter verschlimmert, wird er bereits zur Refinanzierung der Konzerne einkalkuliert.

Diese Paradigmen lehnen wir ab.

Wir begrüßen, dass sich die Atom-Finanz-Kommission vor Ort in Obrigheim ein Bild macht, bedauern aber, dass sie sich nicht die Zeit genommen hat, unsere fundierte Sichtweise zu hören.

Wir erwarten dennoch, dass sie unsere elementare Kritik berücksichtigt.

Ansprechpartner für diese Stellungnahme:

Standort-Initiative zu Obrigheim:

Initiative AtomErbe Obrigheim

Kontakt: Gertrud Patan

www.AtomErbe-Obrigheim.de

patan@atomerbe-obrigheim.de

Arbeitsgemeinschaft der Standort-Initiativen zu Neckarwestheim:

AG AtomErbe Neckarwestheim

Kontakt: Franz Wagner

www.AtomErbe-Neckarwestheim.de

richtig-abschalten@atomerbe.de

Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft:

Aktion Strom ohne Atom Stuttgart

Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim

Neckarwestheim.AntiAtom.net

Aktionsbündnis Energiewende Heilbronn

www.EnergiewendeHeilbronn.de

BUND Regionalverband Heilbronn-Franken

www.BUND.net/heilbronn-franken

Bürgerinitiative AntiAtom Ludwigsburg

www.AntiAtom-Ludwigsburg.de

Regionaler Dachverband mehrerer Standort-Initiativen:

Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar BBMN

www.BBMN.de

Hinweis auf Kooperationspartner und weitere Ansprechpartner (Auswahl):

Trägerkreis der Demonstrationen am AKW Neckarwestheim:

Trägerkreis „Endlich Abschalten“ www.Endlich-Abschalten.de

Weitere regionale Initiativen:

Verein Kommunale Stadtwerke Stuttgart www.Kommunale-Stadtwerke.de

Robin Wood Stuttgart www.RobinWood.de/s-aktuell

Bundesweite und überregionale Organisationen, Bündnisse und Dachverbände:

.ausgestrahlt - gemeinsam gegen atomenergie www.ausgestrahlt.de

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz BBU www.BBU-online.de

Atommüllkonferenz www.AtommuellKonferenz.de

Atommüllreport www.Atommuellreport.de

Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs IPPNW www.IPPNW.de

Südwestdeutsche Anti-Atom-Initiativen www.Atomausstieg-sofort.de

BUND Landesverband Baden-Württemberg www.BUND-BaWue.de

Einige Initiativen an anderen Standorten:

Karlsruhe:

Anti-Atom Gruppe Karlsruhe A.T.O.M. AG AntiAtomKarlsruhe.blogspot.de

BI ‚Müll und Umwelt‘ Karlsruhe www.MuellundUmwelt-BI-KA.de

Philippsburg:

Kampagne Philippsburg II abschalten, Atommüll stoppen www.Philippsburg-abschalten.de

Freiburg / Fessenheim:

AntiAtomFreiburg www.AntiAtomFreiburg.de

BUND Regionalverband Südlicher Oberrhein www.BUND-RVSO.de

Biblis:

AK.W.Ende Bergstraße AKWEnde.ibk.me

Verein ATOMERBE Biblis AtomErbeBiblis.ibk.me

atomkraftENDE.darmstadt atomkraftENDEdarmstadt.blogspot.de

Grafenrheinfeld:

Schweinfurter Aktions-Bündnis gegen Atomkraft www.Anti-Atom-Buendnis-Schweinfurt.de

Bürgeraktion Umwelt- u. Lebensschutz, BI gegen Atomanlagen BA-BI-Schweinfurt.blogspot.de

Verein für Intelligenten Klima- und Umweltschutz www.VIKU.info

Brokdorf und Brunsbüttel:

Initiative Brokdorf-AKUT www.Brokdorf-AKUT.de